

# Monatsspiegel



Juli/August 2016



Adressaufkleber

# SPD

## Erlangen

**Aus dem Bundestag:**

## Was bisher geschah: Bilanz und Ziele

Der Endspurt beginnt: Wir nähern uns der Zielgeraden der 18. Legislaturperiode. Noch einmal durchatmen und dann beginnt der Wahlkampf.

Die letzten drei Jahre haben einiges in meinem Leben verändert. Seit 2013 bin ich Abgeordnete im Deutschen Bundestag und lebe nun in Erlangen und in Berlin. Ich bin ordentliches Mitglied in zwei Ausschüssen: im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss. In diesen Funktionen habe ich mich in viele neue Themenbereiche eingearbeitet.

Die SPD hat in der Großen Koalition bereits 80 Prozent ihrer Wahlversprechen umgesetzt. Dieses Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Einführung des Mindestlohns war für mich die wegweisendste Entscheidung. Die SPD hat jahrelang für den Mindestlohn gekämpft. Und bei allen Startproblemen, die so eine Regelung mit sich bringt: Der Mindestlohn ist ein Erfolgsmodell, das bereits vier Millionen Menschen in unserem Land mehr Einkommen und damit ein Stück mehr Lebensqualität und Sicherheit gebracht hat. Aber die

8,50 Euro Bruttolohn pro Stunde dürfen nicht das Ende sein – sie sind erst der Anfang.

Wir haben mit der Einführung der Frauenquote in Unternehmen die Gleichstellung vorangebracht, mehr Geld für Bildung bereitgestellt, mit dem ElterngeldPlus eine bessere Balance zwischen Familie und Beruf geschaffen. Das BAföG wird um sieben Prozent erhöht, die Länder erhalten mehr Spielraum zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Dies sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen, dass sich in der aktuellen Legislatur in der Großen Koalition einiges getan hat, was ohne die SPD nicht passiert wäre. Vieles, was unter Schwarz-Gelb in der Schublade verschwunden war, haben wir herausgeholt, angepackt und umgesetzt.

Kein Gesetz, das in den Bundestag eingebracht wird, verlässt ihn so wie es ursprünglich formuliert war. Zu jedem Gesetz führen wir eine öffentliche Anhörung mit Experten durch. Allerdings schützt auch das nicht davor, dass wir oft bei Gesetzen nach ihrem Inkrafttreten nachbessern müssen. Und kein Ge-

■ **Von Martina Stamm-Fibich**  
Bundestagsabgeordnete



setz, das wir beschließen, wird für alle Bürger die gleichen und ausschließlich positiven Folgen haben. Deshalb ist es gut, dass Gesetze nachgebessert werden können. Denn wer nichts anpackt, nichts auf den Weg bringt, der wird auch nichts erreichen.

Was ich mir wünsche, ist eine weit- aus höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen. Ich habe bereits mit vielen Menschen aus dem Wahlkreis Gespräche geführt, nehme Sorgen und Nöte ernst und bin dankbar für Ideen und Anregungen aus dem Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Ich finde, es könnten noch mehr Gespräche und Impulse sein. Die Tür zu meinem Büro in Erlangen steht jedem offen.

Was ich nicht mag, sind pauschalierende Anschuldigungen und die weit  
Fortsetzung auf Seite 3

## ■ Termine

04.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
05.07.	18:00	Auf die Plätze: Interessenkollisionen im öffentlichen Raum	Bohlenplatz	S. 7
06.07.		60plus: Fahrt nach Jena		S. 18
11.07.	19:00	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung	Ritter St. Georg	S. 15
11.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
12.07.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	Olive	S. 15
12.07.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
12.07.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
13.07.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 18
18.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
19.07.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Biergarten Röthelheim	S. 16
20.07.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S.15
21.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
23.07.	15:30	Bundestagsfraktion vor Ort: Entgeltssystem in der Psychatrie	Hörsaal 200, Ulmenweg	S. 5
25.07.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
26.07.	18:00	Auf die Plätze: Alles so schön grau hier?	Zollhausplatz	S. 7
26.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung		S. 16
26.07.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 19
29.07.	19:00	Bundewahlkreis-konferenz	Kosbacher Stadl	S. 5
12.08.		Distrikt Tennenlohe: Ausflug ins Jagsttal (bis 14.08.)		S. 17
13.09.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 17

## Impressum

**Herausgeber:**  
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen  
monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Redaktion:**  
Philipp Dees (pd, presserechtlich Ver-

antwortlicher, Anschrift wie oben),  
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

**Mitarbeit bei dieser Ausgabe:**  
Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling,  
Martin Ferschmann, Stefan Greim, Dr.

Dietmar Hahlweg, Katrin Hurle, Jutta Ledertheil, Martina Stamm-Fibich

Druck: Gutenberg Druck und Medien,  
Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

verbreiteten, oft anonymen Pöbeleien in den sozialen Netzwerken. Das ist für mich keine Grundlage für einen fairen Umgang. Niemand ist frei von Fehlern. Politik lebt vom Dialog, vom Austausch von Argumenten und von einem respektvollen Umgang miteinander. Nur auf diesem Weg lässt sich gemeinsam etwas erreichen. Und dafür bin ich gewählt worden. Dass nicht in allen Anliegen die eigene Vorstellung durchgesetzt werden kann, liegt auf der Hand. Denn Demokratie heißt eben nicht nur, dass man seine eigene Meinung sagt. Demokratie bedeutet auch zuzuhören. Und dann trifft man sich in der Mitte und findet einen Kompromiss. Auch in der Großen Koalition mussten wir als SPD einige Kröten schlucken. Aber ein Kompromiss bedeutet nun mal Geben und Nehmen gleichermaßen.

In meinem Politikfeld, der Gesundheitspolitik, haben wir, nach Jahren des Stillstands, wegweisende Gesetze gestaltet. Die Pflegestärkungsgesetze I und II sind verabschiedet, Teil III kommt voraussichtlich im Januar 2017. Alle drei Gesetze bringen spürbare Verbesserungen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und das Pflegepersonal. So fällt die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen und Demenzkranken weg. Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz erhalten rund 2,7 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland bereits seit dem 1. Januar 2015 mehr Leistungen. Die Leistungen für die ambulante Pflege wurden um rund 1,4 Milliarden Euro, für die stationäre Pflege um eine Milliarde erhöht.

Schwerstkranken und Sterbende gut zu begleiten und ihre Würde zu achten, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Gesellschaft. Hilfe zu geben und Hilfe zu empfangen – beides gehört zu unserem Leben. Deswegen war uns als SPD-Bundestagsfraktion und mir persönlich der Ausbau und Hospiz- und Palliativversorgung ein besonderes Anliegen. Mit dem Hospiz- und Palliativgesetz (HPG) haben wir dem Rechnung getragen.

Den bislang größten Konflikt hatte ich bei der Abstimmung über das Gesetz des Verbotes der geschäftsmäßigen Sterbehilfe im November 2015. Ich habe schließlich den Antrag unterstützt, in dem keine Änderung des Strafrechts in Bezug auf Sterbehilfe gefordert wird. Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten hat sich aber für

ein Verbot von Sterbehilfe entschieden. Im Strafgesetzbuch wird ein Paragraph geschaffen, der die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe unter Strafe stellt. Angehörige oder der betroffenen Person nahestehende Personen, die im Einzelfall handeln, sind von der Strafandrohung ausgeschlossen.

Für enorm wichtig halte ich die Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Mit dem E-Health-Gesetz ist ein erster Schritt getan. Es enthält einen Fahrplan für die Einführung einer digitalen Infrastruktur mit höchsten Sicherheitsstandards und nutzbringenden Anwendungen auf der elektronischen Gesundheitskarte. Auf der Karte gespeicherte Notfalldaten können Leben retten, ein Medikationsplan kann lebensgefährliche Wechselwirkungen verhindern und die Telemedizin mobil eingeschränkte Menschen unterstützen. Mit der elektronischen Patientenakte und dem Patientenfach sind die Patienten besser über ihre Diagnosen und Therapien informiert.

Wir sprechen oft von Politikverdrossenheit, dass die Themen zu komplex werden. Vielen Menschen reicht es nicht mehr, alle vier Jahre ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu machen. Sie wollen sich einbringen und nicht nur Parteiprogramme lesen. Deshalb hat sich das Politikverständnis verändert. Viele Bürger warten nicht mehr, dass die Politik ihre Sorgen löst. Die SPD will

Bürgerbeteiligung stärken. Wir wollen die Möglichkeiten der politischen Teilhabe ausbauen, wollen mehr direkte Demokratie.

Und mit dem Petitionsausschuss haben wir ein verfassungsrechtlich verankertes Beteiligungsinstrument, das es jedem Bürger ermöglicht, sich an den Bundestag zu wenden. Sie können uns ihre Sorgen, Bitten und Beschwerden schicken. Der Petitionsausschuss ist ein ernst zu nehmender Bestandteil in unserer lebendigen Demokratie. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir den einzelnen Bürger in den Vordergrund unserer Arbeit stellen. In den vergangenen drei Jahren habe ich rund 600 Petitionen bearbeitet, mich mit vielen Einzelschicksalen befasst und mit großen Gesetzesprojekten.

Ich möchte auch in der kommenden Legislaturperiode für den Bundestag kandidieren. Trotz vieler Widerstände, wenig Freizeit und Entscheidungen, die oftmals nicht leicht fallen, ist dieses Amt eine bereichernde Aufgabe. Ich erhalte viel positives Feedback, das mich darin bestärkt, oft richtig entschieden zu haben. Und es steht noch einiges auf unserer To-Do-Liste, allen voran die Bürgerversicherung. Je länger ich im Gesundheitsbereich bin und je mehr Petitionen ich bearbeite, desto mehr weiß ich: Wir brauchen die Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung.

## Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zur

### Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 21. Juli 2016, 20.00 Uhr**  
**Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Rechtsextreme Strukturen in Franken  
Vortrag und Diskussion mit Jonas Miller, freier Journalist
3. Anträge (siehe dazu Seite 9)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

# Der Bodenständige aus der Buckenhofer Siedlung Andreas Hahn zum 90. Geburtstag

Andreas Hahn – genannt „Reser“ – wird am 4. August 90 Jahre alt. Geboren wurde er 1926 in Erlangen in der Ringstraße 28. Er entstammt einer Siedlerfamilie, die bereits zu Beginn der 30er Jahre in der Buckenhofer Siedlung ein Eigenheim errichtete. Nach dem Besuch der Volksschule von 1933 bis 1941 war Andreas Hahn ab 1. April 1941 Lehrling bei den Siemens Reiniger Werken, wo er auch seine Gesellenprüfung ablegte. Der Vater, Werkzeugdreher bei den Siemens Reiniger Werken, hatte, wie der Sohn erzählt, seine Drehbank gleich am Hauptingang, und konnte „genau sehen, ob ich pünktlich war“.

Nach der Lehre wurde er zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und erlebte in der Schlußphase 1944/1945 noch die Härten des Krieges an der West- und der Ostfront. Nachdem er bei Kriegsende kurzzeitig in Berlin in russische Gefan-

genschaft geraten war, schaffte er die Rückkehr nach Erlangen, wo er nach kurzer Internierung durch die Amerikaner auf Vermittlung seines Vaters bei den Siemens-Reiniger Werken als Betriebschlosser anfangen konnte. Neben seiner Tätigkeit bei verschiedenen Arbeitgebern besuchte er die Berufsoberschule in Erlangen und legte dort im Jahr 1953 die Meisterprüfung ab. Nach weiteren beruflichen Zwischenstationen arbeitete er seit 1969 als Industriemeister in der Arbeitsvorbereitung bei der Firma Gossen. In dieser Eigenschaft war er Mitglied im Bayerischen Industriemeisterverband und im Verband der Techniker und Industriemeister in der IG Metall. Er blieb dem bedeutenden Erlanger Unternehmen Gossen bis zu seiner Pensionierung 1986, insgesamt 17 Jahre, treu und bedauerte es zutiefst, als das Unternehmen 1992 den Standort Erlangen aufgab.

■ **Von Dr. Dietmar Hahlweg**  
Altoberbürgermeister



Der SPD trat Andreas Hahn kurz nach dem 2. Weltkrieg im Jahr 1946 bei und war dann über lange Jahre überall da präsent und aktiv, wo seine zupackende Art und seine Sachkenntnis gefragt waren. 2016 kann er also auch auf 70 Jahre vorbildlich aktive Mitgliedschaft zurückblicken.

Neben seinem Beruf und der aktiven Mitgliedschaft in der SPD und in der IG Metall gehörten sein Herz und seine große Tatkraft von jungen Jahren an der Siedlervereinigung Erlangen Buckenhof. Mitglied seit 1960, war er lange Zeit als Kassenrevisor tätig. 1976 wurde er zum 1. Vorsitzenden gewählt, eine Funktion, in die er immer wieder mit

## Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 04.07. Markus Bährle  
50 Jahre
- 05.07. Gundi Seitz  
70 Jahre
- 05.07. Wilhelm Schmidt  
81 Jahre
- 07.07. Martin Engeter  
60 Jahre
- 09.07. Wilhelm Gehr  
86 Jahre
- 10.07. Silke Zieten  
84 Jahre
- 14.07. Renate Haas  
72 Jahre
- 15.07. Dagmar Telgen  
65 Jahre
- 15.07. Eva Haas  
73 Jahre
- 17.07. Gerd Junghänel  
88 Jahre

- 18.07. Edgar Hartmann  
76 Jahre
- 20.07. Jürgen Belz  
50 Jahre
- 25.07. Uta von Stengel  
74 Jahre
- 28.07. Günther Popp  
75 Jahre
- 31.07. Irene Thiele  
65 Jahre
- 03.08. Birgit Sommer  
50 Jahre
- 04.08. Andreas Hahn  
90 Jahre
- 04.08. Wolfgang Zitzmann  
70 Jahre
- 05.08. Hans Buerhop  
77 Jahre
- 07.08. Marga Mittag  
85 Jahre
- 07.08. Bärbel Richter  
70 Jahre
- 09.08. Roland Heumüller  
71 Jahre



- 09.08. Helmut Aichele  
77 Jahre
- 13.08. Günter Rupprecht  
75 Jahre
- 22.08. Ruth Wissmann  
72 Jahre
- 25.08. Karl-Heinz Drechsler  
65 Jahre
- 30.08. Zafer Titiz  
70 Jahre

großer Mehrheit wiedergewählt wurde und die er insgesamt 25 Jahre inne hatte. In dieser Zeit bauten er und sein Vorstand den von Dr. Peter von Siemens einst initiierten biologisch-organischen Obst- und Gemüsebau weiter aus, führten Vortragsabende und Informationsabende zur Weiterbildung, besonders in Umweltfragen, durch und arbeiteten engagiert und erfolgreich an der weiteren Begrünung und Verschönerung des Stadtteils Buckenhofer Siedlung. Mehrere Jahre wirkte er zudem im Bezirksvorstand des Bayerischen Siedlerbundes im Regierungsbezirk Mittelfranken mit. Für all dieses erfolgreiche Wirken konnte Andreas Hahn zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen entgegennehmen, so 1985 eine Anerkennungsurkunde im Wettbewerb der besten Kleinsiedlungen, 1987 den Ehrenbrief der Stadt Erlangen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und 1991 das große goldene Ehrenabzeichen des bayerischen Siedlerbundes.

Lieber Andreas Hahn, lieber Reser, zusammen mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Buckenhofer Siedlung gratuliert Dir die Erlanger SPD sehr herzlich zu Deinem 90. Geburtstag. Wir sind stolz darauf, dass Du seit nunmehr 70 Jahren unserer Partei als treues und aktives Mitglied angehörst und danken Dir für Deinen jahrzehntelangen engagierten und erfolgreichen Einsatz zum Wohle Deiner Mitbürger und unserer gemeinsamen politischen Ziele. Für das neue Lebensjahr wünschen wir Dir alles Gute, vor allem natürlich möglichst stabile Gesundheit.

## Nominierung der Kandidatin/des Kandidaten zur Bundestagswahl 2017

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bundeswahlkreis-Konferenz zur Nominierung unserer Kandidatin bzw. unseres Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 findet statt am

**Freitag, 29. Juli, 19 Uhr,  
Kosbacher Stadl (Saal),  
Reitersbergstraße 22**

Die gewählten Delegierten werden dazu extra eingeladen. Gäste sind herzlich willkommen!

# Bundestagsfraktion vor Ort zum Entgeltsystem in der Psychiatrie

Am **Samstag, 23. Juli**, lädt die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in Erlangen ein. Im Hörsaal 200 der Uniklinik Erlangen (Ulmenweg 18) diskutieren die Bundestagabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Sabine Dittmar, Dirk Heidenblut sowie Brigitte Richter (Pandora Selbsthilfe e.V.) und Dr. Horst Krömker (Bezirksrat und Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Neurologie) über Alternativen zum pauschalisierenden Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP).

Die SPD hat deutlich gemacht, dass sie das pauschalisierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) und die damit eingeschlagene Richtung der letzten Jahre für den falschen Weg hält. Das pauschalisierende Entgeltsystem bietet kaum den nötigen Spielraum für die sehr individuellen Erfordernisse an eine differenzierte Behandlung, vor allem schwerer psychischer Erkrankungen. Es setzt falsche Anreize und stellt eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen nicht sicher.

In einem im Januar von der SPD-Bundestagsfraktion beschlossenen Grundsatzpapier wird eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen gefordert. Wir fordern ein Vergütungssystem, das Psychotherapie ausreichend berücksichtigt, flexible Übergänge zwischen stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung ermöglicht und damit sektorale Hürden überwindet. Wir benötigen ein Vergütungssystem mit einem angemessenen bürokratischen Dokumentationsanspruch, das den tatsächlichen Behandlungsaufwand honoriert und eine den heutigen Maßstäben entsprechende Personalbemessung abbildet.

Die am 18. Februar vom Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe vorgestellten Eckpunkte sind in den nun vorliegenden Referentenentwurf eingeflossen. Dabei werden sowohl die von uns geforderten verbindlichen Mindestvorgaben zur Personalausstattung als auch die Ausgestaltung des Entgeltsystems als Budgetsystem berücksichtigt. Zusätzlich kommen wir mit der Einfüh-

rung der stationsäquivalenten psychiatrischen Behandlung unserem Ziel einer sektorübergreifenden Versorgung ein gutes Stück näher. Nach der Verbändeanhörung im Juni erwarten wir nach der



Sabine Dittmar, Dirk Heidenblut, Martina Stamm-Fibich

Sommerpause den Kabinettsentwurf, mit dem wir uns dann im parlamentarischen Verfahren auseinandersetzen werden.

### Programm

- Ab 15 Uhr: Einlass
- 15:30 Uhr: Begrüßung und Einführung  
Martina Stamm-Fibich, MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- 15:40 Uhr: Impulsreferat  
Dirk Heidenblut, MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- 16:00 Uhr: Diskussions- und Frage-runde mit
  - Dirk Heidenblut, MdB
  - Sabine Dittmar, MdB
  - Brigitte Richter, Pandora Selbsthilfe e.V.
  - Dr. med. Horst Krömker, Bezirksrat und Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Neurologie
  - Moderation: Martina Stamm-Fibich, MdB
- 17:15 Uhr: Fazit und Schlusswort  
Sabine Dittmar, MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
- 17:30 Uhr: Veranstaltungsende

Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei, gegenüber dem Veranstaltungsgebäude kann im Parkhaus der Uniklinik (Schwabachanlage 14, Zufahrt über Palmsanlage) geparkt werden.

Um eine Anmeldung zur Veranstaltung bis zum 18. Juli wird gebeten: Online unter [www.spdfraktion.de/termine](http://www.spdfraktion.de/termine) oder per E-Mail an [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de).

# „Wem gehört der öffentliche Raum?“

## Gelungener Auftakt der SPD-Veranstaltungsreihe „Auf die Plätze“

(kh) Mit rund 70 Besucherinnen und Besuchern hat die Erlanger SPD ihre neue Reihe „Auf die Plätze“ gestartet. Der Auftakt stand dabei unter dem Motto „Wem gehört der öffentliche Raum?“

Zu Beginn der Veranstaltung präsentierte Prof. Dr. Fred Krüger vom Institut für Geographie an der FAU einen sehr informativen und unterhaltsamen Impulsvortrag. Anhand des anschaulichen Beispiels eines Freibads zeigte Prof. Krüger, dass durch zu viel Ordnung die Funktion von bestimmten Orten verloren gehen kann, und lieferte damit gleich den Einstieg zu einem der Konflikte bezüglich der Nutzung von öffentlichem Raum: Einerseits sind gewisse Regeln für eine funktionierende Nutzung nötig, andererseits braucht es aber auch Freiraum für die Bürger, um sich nach ihren eigenen Bedürfnissen auszuleben. Einen möglichen Interessenskonflikt bezüglich der Nutzung von öffentlichem Raum erklärte Prof. Krüger am Beispiel eines Einkaufszentrums in Hamburg-Eidelstedt: Dem Ziel der Verwaltung, nämlich der Belebung des Geschäfts durch eine Erweiterung des Einkaufszentrums, stand der Wunsch der Bürger nach Erhalt der Aufenthaltsflächen entgegen. Letzterer setzte sich schließlich durch.

Ein wichtiger Punkt, der in einer weiteren Veranstaltung am 26. Juli intensiver diskutiert werden soll, ist das Bedürfnis vieler Menschen nach mehr Grün in der Stadt. Mittels „Guerilla Gardening“, also dem Anpflanzen von Blumen usw. an Stellen, die dafür eigentlich nicht vorgesehen sind, eignen sich Bürger den öffentlichen Raum an, um sich die Bedürfnisse nach mehr Grün in ihrer Stadt selbst zu erfüllen. Projekte wie die Interkulturellen Gärten beispielsweise in Langwasser oder Fürth sind hingegen Beispiele für öffentlich gesteuerte und damit „geordnete“ Begrünung von Städten. In Fürth konnte zudem durch Umgestaltung im privaten Raum mehr Grün in die Innenstadt gebracht werden.

Ein weiteres Themenfeld war „Stadt und Kunst“: Ein Beispiel aus Pachuca in Mexiko zeigte, wie eine Künstlergruppe durch bunte Gestaltung von Häuserfasaden das von Menschen mit niedrigem

Einkommen bewohnte Viertel Palmitas aufwerten konnte. Durch Graffiti erfüllen sich Bürger eigenmächtig den Wunsch nach kreativer Gestaltung ihrer Umgebung. Zudem wurden Experimente mit den Ideen urbanen Designs im Sinne eines Stadtlabors vorgestellt. Ein Beispiel hierfür sind sogenannte „Parklets“, wo im öffentlichen Raum beispielsweise auf Parkplätzen temporäre Sitzmöglichkeiten geschaffen werden. Dies wird erfolgreich im Rahmen von „Pavements to Parks“ in San Francisco praktiziert.

Wenn sich die Bürger nicht so verhalten, wie es Stadtverwaltungen gerne hätten – z.B., wenn statt ordnungsge-

mäßer Nutzung der vorgegebenen Wege eigenmächtig Trampelpfade als Abkürzung geschaffen werden – folgen meist „Aufräumversuche“, zum Beispiel durch entsprechende Absperrungen. Hier kann man von einer „Drangsalierung der Stadtbürger durch Städtebauämter“ sprechen. Der öffentliche Raum soll durch Verbote und Gebrauchsanweisungen geordnet werden, eine sogenannte „Pazifizierung durch Drangsalierung“; im Idealfall sollte öffentlicher Raum jedoch so gestaltet sein, dass die Nutzung ohne Gebrauchsanweisung funktioniert.

Als Beispiel eines weiteren Interessenskonflikts diente der Kornmarkt in Nürnberg, der entgegen der eigentlichen Bestimmung durch Skater angeeignet wurde. Die Geschichte und Würde des Platzes sowie seine Funktion als Aushängeschild der Stadt stehen hier im Widerspruch zum Bedürfnis der Skater nach ihrem Raum- und Körpererleben. Auch rechtlich ließ sich dieser Fall nicht eindeutig klären. Am Ende setzte

sich jedoch das Jugendamt, welches die Skater unterstützte, gegen das Ordnungsamt durch.

Es folgte ein Statement von Anna Steinert-Neuwirth, Kulturamtsleiterin der Stadt Erlangen, die das Thema aus ihrer Perspektive darstellte. So betonte sie die hohe Bedeutung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum, da sich hier eine niederschwellige Möglichkeit der Teilhabe für alle Bürger bietet. Sie stellte zudem fest, dass der öffentliche Raum von den Leuten über die Zeit immer selbstbewusster in Anspruch genommen wird und dabei Einigen gewissermaßen als zweites Wohnzimmer dient. Der öffentliche Raum muss grundsätzlich unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen dienen. Zudem betonte sie die Wichtigkeit von öffentlichen Plätzen in Stadtteilen im Sinne der Dezentralität.

Andreas Drechsler vom Stadtjugendring erklärte daraufhin, dass der öffentliche Raum dann „cool“ sei,

wenn er einfach so genutzt werden kann. Er wies auf die Lupen-Aktion in Erlangen hin, wo Projekte mit Beteiligung von Jugendlichen umgesetzt werden. Positiv ist die Erschließung neuer Räume, wie beispielsweise der Wöhrmühle und des Saugrabens sowie die Errichtung der neuen Grillstation am Bürgermeistersteg. Wichtig sei vor allem auch eine Kommunikation der geeigneten Aufenthaltsplätze zum Beispiel in Form eines Atlas.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde auf das Problem der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raums hingewiesen. Hierbei wurde insbesondere der Schlossgarten angesprochen, wo eine Verlängerung beziehungsweise sogar eine durchgehende Öffnung wünschenswert wäre.

Zudem wurde angeregt, bisher ungenutzte Räume als Experimentierräume herzunehmen. Es bräuhete hierfür jedoch Impulse von der Stadt als Anregung zu kreativer Nutzung. Außerdem wurde bemängelt, dass es generell zu



viele Plätze mit festgelegter Nutzung gäbe und es an Experimentierfeldern fehlen würde. Die anstehenden Umgestaltungen in der Stadt durch den Umzug der FAU in den Himbeerpalast würden jedoch die Chancen für Raum zum Experimentieren bieten.

Es kam auch die Frage auf nach der idealen Lösung zur Regulierung des öffentlichen Raums. Hierauf erläuterte Prof. Krüger, dass im Idealfall keine Hinweise und „Gebrauchsanleitungen“ nötig sein sollten, da sich die Nutzung den Bürgern durch ein gutes Grundkonzept von selbst intuitiv erschließen sollte. Anstatt von Schildern bedürfe es also größerer Lösungen. Die Ästhetik wurde als weiterer wichtiger Punkt genannt, für die es einer Sensibilisierung bedürfe.

Auch der Bohlenplatz wurde als ein Konfliktpunkt angesprochen. Hier besteht die Befürchtung, dass die derzeitige Nutzung für den Aufenthalt künftig unterbunden werden könnte, da die Bedürfnisse der Nutzer nach geselliger Zusammenkunft im Freien auch in den späten Abend- und Nachtstunden teilweise mit den Interessen der Anwohner nach Ruhe kollidieren. Eine weitere Veranstaltung in der Reihe „Auf die Plätze“ am 5. Juli, welche direkt am Bohlenplatz ihren Auftakt hat, soll sich vertieft mit derartigen Interessenskollisionen im öffentlichen Raum auseinandersetzen.

Als ein Problem, welches wohl oftmals zu Widerständen von Anwohnern gegen Umgestaltungsmaßnahmen von Straßen und Plätzen führen würde, wurde die derzeitige finanzielle Beteiligung der Anwohner an derartigen Maßnahmen genannt, weshalb angeregt wurde, dies durch andere Finanzierungsmodelle zu ersetzen. Ein weiteres Konfliktfeld könnte die in Erlangen aufgrund der Wohnungsknappheit notwendige Nachverdichtung werden, die mit dem Bedürfnis der Bürger nach Freiräumen kollidieren könne. Hier wurde vorgeschlagen, die Abstandsflächen zwischen den Bebauungen verstärkt für Aufenthaltsflächen zu nutzen.

Als Fazit wurde festgestellt, dass die Nutzung des öffentlichen Raums Respekt, Kommunikation und Toleranz erfordert. Schließlich gehört der öffentliche Raum allen. Eine frühzeitige Beteiligung der Bürger sei bei Umgestaltungsmaßnahmen erforderlich. Zudem bedarf es Zeit, Umgestaltungsprozesse mit entsprechender Beteiligung zur bestmöglichen Zufriedenheit aller durchzuführen.

# „Auf die Plätze“ geht weiter!

Auch in Juli und August geht unsere Reihe „Auf die Plätze“ weiter:

## Interessenskollisionen im öffentlichen Raum

**5. Juli, 18 Uhr, Bohlenplatz/19 Uhr, Evangelischen Gemeindezentrum, Bismarckstraße 19**

Durch unterschiedliches Nutzungsverhalten von Plätzen bisweilen ein Konflikt, der sich nur schwer lösen lässt. Die einen wollen gerne nach draußen, auf Plätzen sitzen, reden, spielen, grillen und auch trinken. Andere, die an den Plätzen wohnen, wollen gerne einen ruhigen Abend und Nacht haben. Geschäftsinhaberinnen und -inhaber wollen einen sauberen, attraktiven Platz, über den die Menschen gerne zu ihnen kommen. Und so weiter.

Am Beispiel Bohlenplatz wollen wir der Frage nachgehen, in welchem Maß die Belebung und intensive Nutzung von Grünflächen mit Anwohnerinteressen kollidiert. Anschließend wollen wir über die gewonnenen Erkenntnisse diskutieren und Schlussfolgerungen ziehen!

## Alles so schön grau hier?

**26. Juli, 18 Uhr, Zollhausplatz/19 Uhr, Wabene, Henkestraße 53**

Exemplarisch für alle grauen Plätze, denen das nötige Grün fehlt, wollen wir am Zollhaus überlegen, was eine grüne Stadt ausmacht. Nicht nur im Hinblick

auf den Klimawandel spielt die Begrünung von Städten eine entscheidende Rolle. Zudem wollen wir das Konzept von „Urban Gardening“ in den Blick nehmen. Wie kann das Gärtnern im öffentlichen Raum angestoßen oder gefördert werden? Was steckt hinter dem Begriff „Essbare Stadt“ und ist so etwas in Erlangen denkbar?

## Kunst im Stadtbild

**August, genauer Termin steht noch nicht fest**

Welche Rolle spielt Kunst im öffentlichen Raum? Wie können durch ansprechende Gestaltung Plätze aufgewertet werden? Voraussichtlich auf einer Radtour zu einigen Beispielen von Kunst im Stadtbild und bei einem anschließenden Gespräch in einem Biergarten wollen wir diese Fragen besprechen.

Der genaue Termin und Ablauf stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Ihr werdet ihn aber rechtzeitig auf Plakaten und natürlich auf unserer Homepage finden.

## Auf die Plätze auf Stadtteiltour

Im September wird „Auf die Plätze“ in die Stadtteile kommen. Nachdem wir einige wichtige Themen auf Plätzen im Zentrum diskutiert haben, wollen wir dann auch dort mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen: Welche Rolle spielen Plätze für das Leben in den Stadtteilen? Was gibt es an ihnen zu ändern? Wo fehlen vielleicht auch Plätze?

Die Termine für den September werden noch veröffentlicht.



## Angeregte Diskussion über Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

### Zweiter Teil der SPD-Veranstaltungsreihe „Auf die Plätze“

(kh) Bei der zweiten Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Auf die Plätze“ stand das Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum im Mittelpunkt. Der Einladung folgten rund 30 Interessierte, darunter auch viele Betroffene.

Den Auftakt bildete ein Ortstermin auf dem Hugenottenplatz. Cornelia Basara aus dem Büro für Chancengleich-

heit und Vielfalt der Stadt Erlangen schilderte als Betroffene zunächst die spezifischen Probleme blinder Personen auf diesem Platz. So wies sie darauf hin, dass große, leere Plätze wie der Hugenottenplatz für blinde Menschen wegen mangelnder Orientierungspunkte generell problematisch seien. Zudem sei es für sie sehr schwierig, den richti-

gen Bus zu finden. Axel Wisgalla vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZSL) erläuterte seine Schwierigkeiten als Rollstuhlfahrer. Auch er empfand es als schwierig, jeweils den richtigen Abfahrtspunkt für den Bus zu finden und würde hier eine bessere Kennzeichnung als sehr hilfreich erachten. Aufgrund des beschränkten Platzes an den Bussteigen sei zudem der Einstieg in den Bus über Rampen schwierig. Die Lichtmasten an den Bussteigen seien



*Axel Wisgalla vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben erläutert Fragen der Barrierefreiheit auf dem Hugenottenplatz*

zusätzlich ein Hindernis für Rollstuhlfahrer. Die spezifischen Probleme älterer Menschen wurden schließlich von Anette Christian, Stadträtin und Vorsitzende des Seniorenbeirats, vorgebracht. So stellt insbesondere die viel frequentierte Fahrradachse vor der Sparkasse eine große Herausforderung für ältere Menschen dar. Die abgestellten Fahrräder am Rand des Platzes sind zudem ein Hindernis für Rollatoren. Hier könnte eine markierte Fußgängerfurt Abhilfe schaffen.

Zudem wurde die am Hugenottenplatz geplante behindertengerechte „Toilette für Alle“ angesprochen. Diese wird von Seiten des ZSL sehr begrüßt. Es wurde jedoch auch die Wichtigkeit betont, bezüglich der Planung der Ausgestaltung Betroffene mit einzubeziehen, damit die Toilette auch wirklich den Ansprüchen von Menschen mit Behinderung gerecht werden kann. Thomas Grützner, Behindertenbeauftragter der Stadt Erlangen erklärte dazu, dass im Rahmen der begrenzten Platzmöglichkeiten in dem ehemaligen Kiosk auf bestmögliche Ausgestaltung geachtet wurde. Es wurden jedoch von Seiten der Anwesenden Bedenken bezüglich

der Sauberkeit der Toilette geäußert. Dies könnte geregelt werden, indem der Schlüssel zur Toilette gezielt nur an Menschen mit Behinderung ausgegeben wird.

Weiterhin wurde erwähnt, dass ein tastbares Modell der Stadt in Planung sei. Als Standort wäre ein zentraler Ort wie der Bahnhof oder der Hugenottenplatz sinnvoll. Besonders wichtig ist hierbei, dass dieses Modell dann auch für Blinde gut auffindbar ist.

Besonders im Hinblick auf ältere Menschen, aber auch allgemein zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Alle sind Sitzmöglichkeiten auf Plätzen wichtig. Die Metallbänke am Hugenottenplatz werden jedoch nicht als besonders einladend wahrgenommen, unter anderem wegen der unmittelbar daneben abgestellten Fahrräder, die zudem die Wahrnehmbarkeit der Bänke beeinträchtigen. Als Positivbeispiel für gute Aufenthaltsqualität wurde hingegen der Rathausplatz genannt. Es wurde in diesem Zusammenhang auch auf einen Antrag der SPD-Fraktion zu flexibler Möblierung hingewiesen. Hierbei wurden jedoch Bedenken geäußert, dass diese verunreinigt werden oder ganz abhanden kommen könnten.

Bei der anschließenden Begutachtung des Schlossplatzes sowie des gegenüberliegenden Marktplatzes wurde das Kopfsteinpflaster als beschwerlich für Rollstuhlfahrer erkannt. Hier wären besser befahrbare Streifen hilfreich. Am Ende der Fußgängerzone wurde die Kreuzung Heuwaagstraße / Hauptstraße aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens als gefährlich wahrgenommen, ebenso wie der Straßenübergang vor dem Altstadtmarkt. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass an diesen Stellen keine Unfallhäufung festgestellt werden kann, was vermutlich auf das vorsichtige Verhalten der Verkehrsteilnehmer bedingt durch die gefühlte Ge-

fährlichkeit zurückzuführen ist.

Bezüglich der Ampeln wurde als problematisch angemerkt, dass das Betätigen der Drücker mit einem hohen Kraftaufwand verbunden ist, was für Menschen mit eingeschränkter Kraft schwierig ist. Außerdem seien die Ampelschaltungen gerade für Blinde oft schwer nachvollziehbar.

Bei der anschließenden Diskussion im Lesecafé mit Cornelia Basara, Axel Wisgalla und Anette Christian wurde von Frau Basara noch einmal betont, dass Orientierungsmöglichkeiten für blinde Menschen extrem wichtig seien. Eine Schwierigkeit sei zudem, dass in der Stadt überall Sachen stehen würden (z.B. Auslagen vor Läden oder wild abgestellte Fahrräder) und es sehr schwer einzuschätzen sei, wo diese gerade stehen.

Im Verlauf der Diskussion wurden zudem weitere Hindernisse für die Barrierefreiheit in Erlangen angesprochen. Löcher im Boden für Schilder seien eine Gefahr insbesondere für Menschen mit Krücken, zudem werden Rillen im Boden als problematisch wahrgenommen. Die Straßenquerung beim Bahnhof sei aufgrund des starken Busverkehrs für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine große Herausforderung.

Pflastersteine sind insbesondere bei Nässe oder Frost ein noch größeres Problem für Menschen mit Behinderung. Glatte Regenrinnen können eine Gefahr sein, wenn sie von Blinden zur Orientierung hergenommen werden. Der „Flickenteppich“ bei der winterlichen Räu-



*Diskussion im Lesecafé mit Cornelia Basara, Anette Christian und Axel Wisgalla (von links)*

mung der Innenstadt wurde bemängelt, wobei die Forderung aufkam, dass zumindest eine Hauptachse durchgehend schneefrei sein sollte. Allerdings müsse beim Räumen auch darauf geachtet werden, dass aufgetürmte Schneemassen nicht zu einem Hindernis werden. Erschwert wird diese Problematik durch



den eingeschränkten Platz in Erlangen.

Bezüglich Bodenindikatoren zum Beispiel an Kreuzungen wurde erläutert, dass diese bei notwendigen Umbaumaßnahmen nach jeweiliger Einzelfallprüfung des Bedarfs eingebaut werden. Dazu wurde angeregt, eine proaktivere Planung anzustreben und bezüglich barrierefreier Umgestaltung nicht immer erst auf nötige Umbaumaßnahmen zu warten. Dazu könne eine Prioritätenliste erstellt werden, wo Umbaumaßnahmen am dringlichsten wären. Als derzeit dringlichster Punkt, der gerade Blinden die größten Probleme bereitet, wurde die Kreuzung Werner-von-Siemens-Straße/Nürnberger Straße genannt.

Auf die Frage nach einem Stadtplan zur Barrierefreiheit in Erlangen wurde auf die Datenbank „Erlangen hürdenlos“ auf der Homepage der Stadt Erlangen verwiesen, wo Fotos und Daten von verschiedenen Orten der Stadt mit Hinweis auf Barrierefreiheit zu finden sind. Zudem gibt es einen Stadtplan „Erlangen barrierefrei“ der Erlanger Innenstadt mit Hinweisen zur Barrierefreiheit.

Schließlich wurde noch angeregt, dass Texte vermehrt in „Leichter Sprache“ angeboten werden sollten, um Barrieren für Menschen mit Schwierigkeiten bei der Erfassung von Texten abzubauen. Hier wurde jedoch darauf hingewiesen, dass das Erstellen von Texten in Leichter Sprache eine entsprechende Kompetenz erfordert und daher nicht ohne weiteres möglich ist. Angeregt wurde daher, ein Übersetzungsbüro für Leichte Sprache in Erlangen einzurichten und zudem wichtige Bürgerinformationen der Stadt zunächst in Leichter Sprache anzubieten. Dabei wurde weiterhin angemerkt, dass es oft auch schon hilfreich sei, beim Verfassen von Texten auf unnötig komplizierte Formulierungen zu verzichten sowie den Gebrauch von Fremdwörtern einzuschränken, um Texte einer größeren Anzahl an Menschen verständlich zu machen.

Gelegentlich kollidiert das Bedürfnis nach Barrierefreiheit mit anderen Interessen. So gebe es bei akustischen Signalen an Ampeln häufiger Beschwerden, dass diese zu laut seien – eine ausreichende Lautstärke ist jedoch nötig, damit sie von blinden Menschen auch aus gewisser Entfernung gehört und damit überhaupt gefunden werden können. Zudem treten bei der barrierefreien Gestaltung von Gebäuden teilweise

Konflikte mit Brandschutz oder Denkmalschutz auf. Teilweise erschwert eingeschränkter Platz die Möglichkeiten der Schaffung von Barrierefreiheit. Hier müssen Kompromisse gefunden werden. So kann zum Beispiel eine Rampe bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden, wenn eine dauerhafte Rampe aus Platzgründen nicht möglich ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Erlangen ein Bewusstsein für Barrierefreiheit durchaus vorhanden ist, es aber an einigen Stellen durchaus noch Potential für Verbesserungen gibt. Dies sollte auch angegangen werden, schließlich bedeutet mangelnde Barrierefreiheit für die Betroffenen einen

Mehraufwand an Kraft, Energie und Konzentration. Wo Barrierefreiheit mit anderen Interessen kollidiert oder mangelnder Platz die Möglichkeiten einschränkt, müssen Kompromisse gefunden werden, um allen Menschen bestmögliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Entscheidend ist zudem, Betroffene mit einzubeziehen – sie nehmen die spezifischen Hindernisse wahr, die von Menschen ohne Einschränkung oft nicht als solche erkannt werden. Ganz wichtig ist zudem, dass von Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern letztlich alle Bürgerinnen und Bürger profitieren.

---

## Die Energiewende muss weitergehen! Antrag an die Kreismitgliederversammlung

**Antragsteller:** AK Umwelt und Energie

**Adressaten:** Parteivorstand, Bundestagsfraktion, mittelfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete, Presse

Die SPD Erlangen-Stadt bekräftigt ihre bisherigen Beschlüsse für die Energiewende. Mit der nun vorliegenden Novelle 2016 des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) droht ein Stopp und ganz besonders das Ende der aktiven Rolle von Bürgerenergiegenossenschaften und Stadtwerken.

Gemeinsam mit dem BUND, der IG Metall und vielen anderen lehnen wir daher die Novelle in dieser Form ab.

Sollte die EEG-Novelle nicht in entscheidenden Punkten geändert werden, fordern wir die SPD-Bundestagsabgeordneten, insbesondere unsere Erlanger Abgeordnete Martina Stamm-Fibich auf, dieser Novelle die Zustimmung zu verweigern.

Konkret fordern wir folgende Veränderungen:

### 1. Ausbauziele und -korridor

Die harte Deckelung des Erneuerbaren-Ausbaus bedeutet in erster Linie, dass das Wachstum der Windkraft an Land ausgebremst wird. Damit wird ausgerechnet der Ausbau der kostengünstigsten erneuerbaren Technologie auf ein Minimum reduziert, nämlich nur noch das, was die anderen Erneuerbaren übrig lassen. Der jetzige Entwurf

für das EEG 2016 sieht eine Anrechnung des Repowering (Bestandssanierung) der Windkraftanlagen vor. Da dessen Anteil deutlich steigen wird, bleibt wenig bis gar kein Raum für zusätzliche Windkraftanlagen.

Die Anpassung des Referenzertragsmodells (§ 36 g bzw. Anlage 3) zugunsten von schlechteren Standorten ist hingegen positiv. Die Anreize, um einen deutschlandweit gleichmäßigeren Zubau an Windkraft zu ermöglichen, sind jedoch noch deutlicher zu stärken.

Unabhängig ist daher für die Novelle: Aufhebung der Deckelung des Anteils erneuerbarer Energien von 45 Prozent bis 2025 und Wahrung der Ausbauziele der Länder sowie der nationalen Klimaschutzziele, außerdem ein dynamisches Ausbauvolumen von 4.400 MW brutto für Wind an Land, was dem Erhalt des 2014 zwischen Bund und Ländern vereinbarten realen Zubaus von 2.500 MW netto entspricht.

### 2. Verzicht auf Ausschreibungen

Bei Ausschreibungen sind Bürgerenergiegenossenschaften und Stadtwerke aufgrund der nötigen Vorleistungen und ihrer geringeren Finanzmittel systematisch benachteiligt. Zudem zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern, dass diese nicht dazu führen, dass die Kosten sinken und Ausbauziele häufig verfehlt werden.

Des Weiteren ist zu befürchten, dass der erhöhte Kostendruck durch Ausschreibungen ein Aufweichen beim Naturschutz nach sich zieht. Hierdurch würde auch die Akzeptanz bei den BürgerInnen gefährdet.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Ausschreibungen für erneuerbaren Energien grundsätzlich ab.

Wenn diese dennoch nun nach der Photovoltaik (PV) auch bei der Windkraft eingeführt werden, sind unabdingbar folgende Änderungen aufzunehmen:

- Durch eine Klausel muss die Rückkehr zum alten Vergütungssystem sichergestellt werden, wenn die Ziele der Reform nicht erfüllt werden, d.h. Akteursvielfalt, Kosteneffizienz oder Ausbauziele nicht gewahrt bzw. erreicht werden.
- Der Spielraum der EU-Beihilfe-Leitlinien ist bei der Windenergie zu nutzen. Nach dieser können Projekte mit bis zu 6 Anlagen oder bis zu 18 MW von den Ausschreibungen bei Windkraft an Land ausgenommen werden.

Für PV muss die ursprünglich vorgesehene Ausnahme bis 1 MW mindestens eingehalten werden. Die auf Druck der Union nun geplante Senkung auf 750 kW ist nicht akzeptabel.

Die Forderung des Bundesrats, Bürgerenergiegesellschaften automatisch den Zuschlag zu erteilen, geht in die richtige Richtung, reicht allerdings nicht aus. Die wirtschaftlichen Risiken auch durch die Pönale bleiben zu hoch.

- Wie vom Bundesrat vorgeschlagen, müssen durch die Definition von Umkreisen Bürgerenergiegesellschaften aus Nachbarlandkreisen als solche anerkannt werden.
- Um insbesondere Stadtwerke und kommunale Akteure nicht auszuschließen, muss auch die Begrenzung des Stimmenanteils eines Akteurs auf 10 Prozent erhöht und für kommunale Beteiligungen angepasst werden.
- Die Zahl der zulässigen Projekte pro Jahr muss mindestens auf zwei erweitert werden, um wenigstens einen Spielraum bei Projektüberschneidungen zu eröffnen.
- Alle Sonderregelungen für Bürgerenergie müssen wie vom Bundesrat gefordert für alle Erneuerbare Energien gelten.

**3. Photovoltaik muss wieder ausgebaut werden**

Wie zu befürchten ist der Ausbau der Photovoltaik durch das EEG 2014 massiv eingebrochen. Die Einspeisevergütungen/Marktprämien müssen entsprechend der Kostenentwicklung verlaufen. Zu starke Kürzungen im Rahmen des EEG 2014 müssen nun rückgängig gemacht werden.

**4. Nur naturverträgliche Biomasse fördern**

Auf eine weitere Steigerung der Stromproduktion aus Anbaubiomasse von Monokulturen muss aus ökologischen Gründen komplett verzichtet werden. Deshalb ist die Förderung der Biomasseverstromung auf die reine Reststoff-

verwertung (Bio-Abfall, Gülle etc.) zu beschränken und ein Verbot der Mais(etc.)-Beimengung aus „Energieanpflanzungen“ enthalten.

Die Möglichkeit der Speicherung kann kein Argument für eine "Vermaisung" sein. PV und Windenergie sind selbst mit Speicherung mittels Elektrolyse oder Methanisierung noch um ein Vielfaches effizienter.

**5. Grünstrom-Kennzeichnung wieder einführen**

Wir fordern die Wiedereinführung einer Grünstromkennzeichnung, damit Strom aus erneuerbaren Quellen auch als solcher behandelt werden kann. Der Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums für eine regionale Kenn-



## Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen  
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

zeichnung ist hierfür ein erster Schritt, jedoch noch zu überarbeiten. So macht es keinen Sinn, dass die Anbieter für ihren Grünstrom noch zusätzlich Zertifikate erwerben müssen und somit die Grünstromeigenschaft doppelt bezahlt werden muss.

## 6. Mieterstrom gleichstellen – von EEG-Umlage befreien

Der Eigenverbrauch erneuerbarer Energien von MieterInnen muss von der EEG-Umlage befreit werden – aus Gerechtigkeitsgründen gegenüber HauseigentümerInnen und um Mieterstrommodelle zu fördern.

## 7. Industriebefreiungen bei der EEG-Umlage einschränken

Neuanlagen bei PV oder Windenergie tragen kaum zur EEG-Umlage bei. Die immer weiter ausgeweitete Umlagebefreiung für „energieintensive“ Unternehmen haben hingegen erhebliche Steigerungen ausgelöst.

Die eigentlichen Förderkosten ohne Ausnahmeregeln hätten im Jahr 2014 nur 2,54 Cent je kWh betragen. Durch Ausnahmeregeln und den durch Erneuerbare niedrigen Börsenstrompreis betragen sie jedoch 6,24 Cent je kWh.

Daher fordern wir: Die EEG-Umlagen-Befreiung darf nur noch für energieintensive Prozesse, nicht für das gesamte Unternehmen gewährt werden, nur für real wettbewerbsgefährdete Unternehmen gelten, muss sich nach Energieintensität und internationaler Handelsintensität richten und zudem verhältnismäßig sein. Die Gewährung von Ausnahmen muss außerdem an echte Energieeinsparungen geknüpft werden.

Im Zusammenhang mit der EEG-Novelle lehnen wir zudem die Pläne von Finanzminister Schäuble ab, die als Teil der Ökosteuern eingeführte Stromsteuer in Zukunft auch auf die erneuerbaren Energien zu erheben.

Der Sinn der Ökosteuern ist eine ökologische Besteuerung, nicht das theoretische Erfüllen schwarzer Haushaltsnummern.

# Hilfe-Portal HelpTo in Erlangen gestartet

## Presseinformation der Stadt Erlangen

Das Engagement für Flüchtlinge und Hilfesuchende in Erlangen hat jetzt eine einheitliche Internet-Adresse: [erlangen.helpto.de](http://erlangen.helpto.de). Über das Online-Portal HelpTo können sich Organisationen, Initiativen, Unternehmen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert auf lokaler Ebene über das austauschen, was bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen – aber auch von anderen Hilfesuchenden – benötigt wird. Auch die Hilfeempfänger selbst gehören zur Zielgruppe.

Eröffnet wurde [erlangen.helpto.de](http://erlangen.helpto.de) am Freitag, 10. Juni vom Neuen Potsdamer Toleranzedikt e.V., dem Beratungs- und IT-Dienstleistungsunternehmen Capgemini und der Stadt Erlangen.

Zum Start von HelpTo in Erlangen erklärt Oberbürgermeister Dr. Florian Janik: „Die Erlangerinnen und Erlanger beweisen unglaubliche Einsatzbereitschaft, den Flüchtlingen, die zu uns kommen, zu helfen. Es gibt Hausärzte, die umsonst behandeln, Jurastudentinnen, die kostenlos Rechtsberatung anbieten und Senioren, die ihre Freizeit nutzen, um unbegleiteten Flüchtlingskindern mal einen schönen Nachmittag zu schenken. HelpTo ermöglicht es nun erstmals, alle Angebote auf einen Blick zu sehen. So bekommen alle Engagierten einen Überblick und Sachspenden können gezielt zu denen gelangen, die sie gerade am nötigsten brauchen.“

Frau Prof. Bendel von der FAU Erlangen hatte für Erlangen die Studie „win-win – Was Flüchtlinge brauchen“ durchgeführt und Angebote für Geflüchtete und deren Bedarfe abgeglichen. Prof. Bendel betont:

„Zu wissen, wer was und wann anbietet, ist zentral, damit die dringend notwendige Hilfe gezielt zu den Bedürftigen kommt. In unserer Studie haben wir über 70 Initiativen und unzählige Einzelpersonen identifiziert, die großartige Arbeit leisten. Doch oft wissen die Engagierten nicht voneinander. HelpTo bietet nun die Möglichkeit auf einem zentralen Portal die Infos und Angebote zu bündeln. Das ist ein großer Schritt für die Flüchtlingsarbeit in der Stadt.“

Bei HelpTo können die Nutzerinnen und Nutzer in zehn verschiedenen Ka-

tegorien Angebote und Gesuche einstellen: Sachspenden, Begleitung und Beratung, Fahrdienste und Transporte, Freizeit, Familie und Kinder, Sprache, Bildung und Wissenschaft, Projektideen und Förderungen, Arbeit sowie Wohnen. Diese Hauptkategorien sind noch einmal in weitere Untermenüs aufgefächert. Ein internes Nachrichtensystem ermöglicht eine geschützte Kommunikation zwischen Anbietendem und Interessenten. Außerdem können sich auf dem Portal die örtlichen Unterstützerinitiativen und andere Organisationen vorstellen.

Die Nutzung von HelpTo ist kostenfrei. Erforderlich ist lediglich eine Online-Registrierung mit Benutzername und E-Mail-Adresse.

Das Beratungs- und IT-Dienstleistungsunternehmen Capgemini hat maßgeblich bei der Einführung von HelpTo in Erlangen unterstützt. Robert Weißweiler, Leiter der Niederlassung Nürnberg, zum Start des Portals: „HelpTo ist ein Projekt, das wir hervorragend unterstützen können. Zum einen stellen wir unser IT-Know-how bereits an verschiedenen Stellen der Flüchtlingshilfe zur Verfügung und können damit unsere Erfahrungen weitergeben. Zum anderen ist es ein regionales Engagement, bei dem wir die Verbundenheit zur Region, in der wir mit einem stark wachsenden Standort vertreten sind, zeigen können.“

Das HelpTo-Portal für die Stadt Erlangen ist bereits das vierte Portal in Bayern. HelpTo ist mittlerweile mit über 70 Portalen in elf von 16 Bundesländern aktiv, darunter flächendeckend in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Träger und Organisator von HelpTo ist der gemeinnützige Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt. Er wurde 2008 im Rahmen einer stadtweiten Diskussion um Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie gegründet. Der Vereinsname beruft sich auf das historische Edikt von Potsdam, auf dessen Grundlage vor 330 Jahren zehntausende verfolgte Hugenotten in der Mark Brandenburg aufgenommen wurden und sich dort niederlassen und wirtschaftlich entwickeln konnten.

[www.helpto.de/erlangen.helpto.de](http://www.helpto.de/erlangen.helpto.de)

### Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

September 2016

26. August 2016

# Die SPD ist gefordert, mehr Präsenz zu zeigen!

Die SPD als linke Volkspartei sollte im öffentlichen Raum mehr Präsenz zeigen, auch gerade im Hinblick auf die zunehmende Aufmerksamkeit von Rechtspopulisten in den öffentlichen Medien.

Die SPD muss auch außerhalb der Wahlkämpfe für die Landtags- und Bundestagswahlen auf öffentlichen Plätzen oder durch Hausbesuche Flagge zeigen. Insbesondere die Mandatsträger im Landtag und Bundestag sowie die Gesamtpartei müssen sich dem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen, gerade auch den Verunsicherten, Enttäuschten und Frustrierten. Und zuhören, ohne ihnen gleich ein umfangreiches Programm in Form einer Hochglanzbroschüre in die Hand zu drücken. Allein die Überraschung, dass es mal nicht direkt um Kandidaten und Stimmen geht, könnte neue Sympathien einbringen. Die Öffentlichkeitsarbeit darf sich nicht nur auf Pressemitteilungen,

Veranstaltungen, Infostände, Werbematerialien, Plakate und Flyer reduzieren. Bedenkt man wirklich, dass immer weniger Menschen täglich Zeitung lesen? Nachrichtensendungen kaum mehr als 4 Millionen Menschen erreichen, vom Flyer meist nur grade mal die Überschriften gelesen werden?

Durch Feldstudien ist bekannt, dass Menschen in Fußgängerzonen weit lieber zum Gespräch verweilen, wenn man eine völlig gleichberechtigte Kommunikationssituation vorfindet, also möglichst ohne Infotisch mit Schirm, keine Akteure in „Uniform“. Bewährt hat sich die „Bodenzeitung“ mit ihrer den Leser direkt ansprechenden Frage. Ebenso wirksam sind „Bodengrafiken“, die von der Botschaft des Veranstalters erzählen, sie anschaulich machen. Hier stehen Besucher und Veranstalter gleichberechtigt beieinander und reden über das, was sie gemeinsam sehen.

■ Von Gerhard Carl

Seit über drei Jahren regiert die SPD in der Politik der Großen Koalition mit. Mit alternativen Aktionen, Medien und Kampagnen sollten die Bürgerinnen und Bürger über die sozialdemokratischen Vorhaben informiert werden, die zu Beginn der Wahlperiode im Koalitionsvertrag durchgesetzt wurden: Mindestlohn, Frauenquote und ElterngeldPlus. Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern; mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen bei Pflege und Gesundheit. Mietpreisbremse, das Bestellerprinzip bei Maklern und den Doppelpass. Ein ausgeglichener Haushalt ohne Schulden. Gleichzeitig: Mil-

Rebecca Friedrich  
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle  
Herzogenaurach – Haydnstraße



# Banking ist einfach.



[sparkasse-erlangen.de](http://sparkasse-erlangen.de)

## Ihre Sparkasse für zuhause und unterwegs!

direkt GIRO – das kostenlose\* Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches und sicheres Online-Banking via PC, Tablet und Smartphone-App.



Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter Telefon 09131 824-500 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

\* Entgelte für Online-Banking: ChipTAN-Generator einmalig 16,09 € inkl. Versand; SMS-TAN 0,09 € und Push-TAN 0,04 € pro Benachrichtigung. Stand: 03/2016

 Sparkasse  
Erlangen

liardeninvestitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen, Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Stadtentwicklung, sozialen Wohnungsbau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort.

Aus den Krisenregionen (insbesondere Syrien und Irak), suchen geflüchtete Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung. Die SPD hat in der Koalition Maßnahmen durchgesetzt, Länder und Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten mehr zu unterstützen und diejenigen, die bleiben werden, an der Gesellschaft teilhaben zu lassen.

Die Erfolge der SPD müssen nachhaltig in die Öffentlichkeit transportiert und vermittelt werden, da ihre Leistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu wenig bekannt sind. Schlechte Umfrageergebnisse bestätigen diese Vermutung. Die SPD muss im Land und Bund mehr

Profil zeigen und ihre Regierungsarbeit im Bund sowie ihre Oppositionsarbeit im Land offen präsentieren und artikulieren.

Gegen den Nationalismus und puren Neoliberalismus der Rechtspopulisten müssen wir Sozialdemokraten die Werte der Aufklärung, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität setzen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der SPD Lösungsvorschläge für Zukunftsfragen, die unser Leben bestimmen werden. Diese könnten beispielsweise sein: Förderung von Alleinerziehenden (Anspruch auf einen Kitaplatz, berufliche Qualifizierung, bessere finanzielle Unterstützung); Verhinderung von Altersarmut (Bürgerversicherung, Mindestgrundeinkommen); Vermeidung von Kinderarmut durch stärkere finanzielle Förderung von Alleinerziehenden oder Familien; bezahlbarer Wohnraum für Familien; mehr Investitionen in die Infrastruktur der

Städte und Gemeinden; schnelles Internet (flächendeckend); Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung, der Digitalisierung, des demografischen Wandels. Energieziel 2050: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen. Eine Studie vom Umweltbundesamt zeigt, dass eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien realistisch ist und die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet werden kann. Demnach können die unterschiedlichen Erzeugungsarten der erneuerbaren Energien, die Speicher und das Lastmanagement in einem Regionenverbund genau aufeinander abgestimmt werden. Der Strom für die Wärmeversorgung von Gebäuden ist zu vermeiden. Die Lastmanagementpotentiale müssen deshalb erschlossen werden, um die Stromnachfrage besser an die fluktuierende Stromerzeugung vor allem aus Wind- und Solarenergie anzupassen.

## Aus dem Bauch gesprochen

Dieses Mal hat es mich beim Lesen der kleinen SPD-Mail-Springflut zu unseren Programmkonferenzen, Delegiertenwahlen, dem roten Mundfunk und sonstigem „Haste nich gesehen ...“ erwischt: ich schimpfe los wie ein Rohrspatz:

Programmkonferenzen ... alles schon vorgefertigt ... Pseudodiskussion, die flankiert von einer Mailflut die „letzten Mohikaner“ mobilisieren soll ... gern darfst auch DU mit Wattebällchen werfen, damit das aber hübsch aussieht kommen die mit den weißen Bällchen am 25. Juni nach Bonn, die gelben am 2. Juli nach Berlin, am 9. Juli die blauen nach Nürnberg und pink trifft sich bitte am 17. September in Hamburg. Wattebällchen in entsprechender Farbe dürft ihr zwar selber auch mitbringen, aber wir verteilen ein attraktives Set verbaler, visueller und medial aufbereiteter Bällchen in unserem praktischen Mitmach-Kit.

Und dann fügt ihr euch, bitte ganz unauffällig und zwanglos, in die vorgesehene Choreographie. WIR wissen schließlich um die Bedeutung eines einheitlichen, harmonischen Bildes. Nicht dass am Ende durch dissonante Diskussionen der Eindruck entsteht, Politik hätte was mit Interessenausgleich, Privilegienverteidigung oder Weltsichten zu tun, die

aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden können. Das ging früher, bis zu Willys Zeiten vielleicht, aber heute in Zeiten des allumfänglichen Konsens dass „Handel gut, Freihandel besser und grenzen- und schrankenloser Handel am besten“ ist, geht DAS natürlich nicht mehr. Soziale Folklore darf schon aus Imagegründen nicht fehlen. Und dafür haben wir ja euch, unsere kreativen, unermüdlichen Idealisten und Aktivisten. Lebt auf! Und tobt euch aus! Schließlich will die Verbindung zum „Volk“ immer wieder neu und überraschend, tröstend und unterhaltsam gepflegt und inszeniert werden. Nur bitte bleibt auf den dafür vorgesehenen Spielfeldern, damit die Kreise des wirklich Wichtigen nicht gestört werden. Was wirklich wichtig ist? Geld. Der auf Kosten und mit Hilfe der Natur, von Allgemeingut und Bevölkerung generierte Gewinn hat sich -schon aus rechnerischen Gründen- in GELD zu messen. Ist dann auch einfacher in Statistiken zu fassen, das begreift doch selbst das kleinste Licht. Und um dieses Geld zu verwalten und zur Vermehrung anzuregen, braucht es Experten. Ja ganze Expertenkomitees (10 Böcke = 1 Gärtner) bis hin zu TINA! Der unumstößliche Glaube an TINA (dass es keine Alternative

■ Von Monika Fath-Kelling



gibt) ist überhaupt der ALLEIN SELIG MACHENDE, den darf nicht jeder Träumer von gerechteren Welten in Frage stellen! Markt euch das! Äh..tschuldigung: Merkt euch das!

Weit und breit kein weißer Ritter, Rettung also weiterhin nicht in Sicht, denn es fragt sich sogar die gute Tante SPD mit Sigmar: „Wie sichern wir Wohlstand und Sicherheit auch in den kommenden 10 Jahren“. Die Zukunft ist in den Köpfen unserer Maßgeblichen also schon auf 10 Jahre geschrumpft! Menschenskinder: Wir sollten unsere Macher schnellstens aus ihren Verstrickungen und ihrem Sumpf befreien, die können ja den Horizont nicht mehr sehen!

„Was liest' denn auch den ganzen Schmarrn“, sagt mein Mann. Schmarrn?!!

Mittlerweile haben Konzern- und Wirtschaftsinteressen mit ca. 80 Prozent überproportional viel Einfluss auf das gesamtgesellschaftliche Geschehen, bei nach wie vor steigender Tendenz.

Alle anderen gesellschaftlichen Belange, Besonderheiten und Wertvorstellungen dürfen sich um die Resteinflussmöglichkeiten balgen. Markt ist nicht gleich Wert und auch nicht gleich Wohlstand. Diese Gleichsetzung Markt sei ein Wert an sich und fördere den Wohlstand gilt nur für herzlich Wenige auf unserem Planeten. Diese nicht nur auf intellektuellem Weg wahrnehmbare Realität brütet Wut und Zorn aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten 53 Nationen auf Kuba versucht, eine Neuordnung des Handels zu schaffen. Die Vorschläge, die das Ziel hatten „Niemals mehr soll mangelnde ökonomische Kooperation eine politische Krise verschärfen“. Das Abkommen ist gescheitert, weil beispielsweise die Verhandlungsführer der USA den Entwurf nicht

einmal im Kongress vorzulegen wagten, aus der Angst heraus von „links regierten Entwicklungsländern überstimmt zu werden“ und die eigenen Interessen nicht mehr in der Welt durchsetzen zu können. Heute werden sogenannte Handelsverträge missbraucht, um mit ihrer Hilfe genau das zu erreichen, was damals verhindert werden sollte: Politische Krisen verschärfen!

Wohin mit dem aufsteigenden Zorn, der wachsenden Wut?? Wieviel offensichtlicher müssen Zusammenhänge werden, damit die Maßgeblichen umsteuern?

UM-STEUERN. Wortwörtlich genau das müsste in die Wege geleitet werden. Aber schon in der neuen Regelung des Erbschaftssteuerrechts bleibt genau das

aus. Obwohl die SPD nach eigener Aussage „hart geblieben ist“.

Und was TTIP und „Handels“verträge angeht: Abschließend ein Zitat aus dem Buch von Petra Pinzler „Der Unfreihandel“: „... eine Verbindung zu TTIP stellt Gabriel nicht her – auch nicht zu den vielen anderen Instrumenten der Handelspolitik. Da ist er viel zu sehr ein ganz altmodischer Wirtschaftsminister. Und ein Mann, der ein Problem hat, weil er ein Problem unterschätzt. Weil er den Protest gegen TTIP nur befrieden, nicht nutzen will und ihn nie als Rückenwind verstanden hat, um weltweit mehr sozialdemokratische Politik durchzusetzen. Auch ihn nerven die Kritiker nur ...“

Ich geh 'ne Runde schwimmen. Schließlich ist Sommer.

---

## Fehlende Betreuungsplätze für die Schüler der Grundschule Frauenaaurach

Im Schuljahr 2016/2017 ist die Betreuung der Grundschüler außerhalb der Schulzeiten in den Ortteilen Frauenaaurach, Kriegenbrunn und Hüttendorf nicht flächendeckend gewährleistet.

Meine Tochter wird dieses Jahr in der Grundschule Frauenaaurach eingeschult. Meine Frau und ich sind in Nürnberg berufstätig und darauf angewiesen, dass unsere sechsjährige Tochter sowohl nach dem Unterricht als auch in den Ferien betreut wird. Bereits vor mehr als 12 Monaten haben wir einen Antrag für einen Hortplatz in Frauenaaurach gestellt. Im März 2016 erhielten wir eine mündliche Absage. Für die ca. 45 Erstklässler stehen in diesem Jahr nur 10 freie Hortplätze zur Verfügung.

Der Vergabeschlüssel für Hortplätze orientiert sich zuerst an folgenden Punkten:

- Geschwisterkind in gleicher Betreuungseinrichtung
- Besuch einer zugehörigen Einrichtung (Kinderhaus Löwenzahn Frauenaaurach)

Bereits vor vier Jahren (damals wohnten wir in Schallershof, Schulsprengel Frauenaaurach) stellten wir vergeblich einen Antrag auf einen Kindergartenplatz im Kinderhaus Löwenzahn Frauenaaurach. Ein erneuter Versuch vor zwei Jahren (nach unserem direkten Zuzug nach Frauenaaurach) schei-

terte ebenfalls aus Kapazitätsgründen. Glücklicherweise erhielten wir einen Kindergartenplatz in Kriegenbrunn. Somit konnte zumindest auf diese Weise die soziale Integration unserer Tochter in das neue Wohnumfeld stattfinden.

In Gesprächen mit Frau Buschmann vom Stadtjugendamt im Februar/März habe ich auf die brisante Situation in unseren Stadtteilen hingewiesen. Ein sichtbarer Erfolg hatte sich jedoch nicht gezeigt. Das Jugendamt wollte erst die Schulanmeldung bzw. die Anmeldung zur Mittagsbetreuung (Betreuungszeit bis 14:30 Uhr) abwarten und danach über weitere Maßnahmen nachdenken.

Für die meisten der betroffenen Eltern der Grundschüler stellt die Mittagsbetreuung (ob bis 14:30 oder bis 16:00) nur eine unbefriedigende Lösung dar. Die Mittagsbetreuung bietet keine Ferienbetreuung an. Somit müssen wir Eltern 14 Wochen Schulferien überbrücken. Dies stellt für uns und andere betroffenen Eltern eine nahezu unüberbrückbare Hürde dar. Selbst beim Einsatz des kompletten Jahresurlaubes von 6 Wochen Urlaub je Eltern teil im Jahr fehlen immer noch zwei Wochen ohne Betreuung. Abgesehen davon kann hier nicht mehr von „Erholungsurlaub“ mit der Familie gesprochen werden.

Derzeit sind ca. 22 Familien von die-

### ■ Von Stefan Greim

ser unbefriedigenden Betreuungssituation in Frauenaaurach betroffen. Eine alleinerziehende Mutter mit Zwillingen (plus weiterem Kleinkind) hat sich bereits für die Einschulung in einem anderen Stadtteil entschieden, mit besseren Betreuungsmöglichkeiten.

Am 18. April hat auf Initiative einer Mutter ein Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Florian Janik sowie dem Jugendamt, Frau Buschmann, stattgefunden, in dem eine Teillösung in Form einer langen Mittagsbetreuung (bis 16 Uhr) gefunden wurde. Für die Herbstferien soll eine Probe-Ferienbetreuung angeboten werden, um den Bedarf nochmals zu erfragen.

Generell stehen in den Ortteilen Frauenaaurach, Kriegenbrunn und Hüttendorf zu wenige Betreuungsplätze für Kinder bis 12 Jahre zur Verfügung. In unserer emanzipierten Gesellschaft sind beide berufstätige Elternteile die Regel. Mit einem Recht auf Kinderkrippen und Kindergartenplatz wurde begonnen, konsequenter Weise muss nun auch ein Recht auf einen Betreuungsplatz für (Grund-)Schulkinder folgen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich lade euch herzlich ein zu unserer

## **Distriktsversammlung am Montag, 11. Juli, 19 Uhr, Ritter St. Georg, Her- zogenauracher Damm 11**

**Thema:**  
Stadtteilberäte und Nominierung der  
Kandidaten für den Stadtteilbeirat An-  
ger/Bruck.

Mit solidarischen Grüßen  
Martin

## ■ **Distrikt Anger-Bruck**

**Vorsitzender:**  
Martin Müller  
Telefon: 09131-8146092  
Mobil: 0176-70156584  
martin.juergen.mueller@  
googlemail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unser nächstes Distriktstreffen ist am

## **Mittwoch, 20. Juli, 19 Uhr, Schützenhaus**

**Tagesordnung:**  
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand  
Christian Maurer

## ■ **Distrikt Eltersdorf**

**Vorsitzender:**  
Christian Maurer  
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genosse,  
wir laden herzlich ein zu unserer

## **Distriktsversammlung am Dienstag, 12. Juli, 19 Uhr, Olive, Nebenraum**

Die Tagesordnung wird aktuell festge-  
legt.

Für den Vorstand  
Jens Schäfer

### **3. 750-Jahr-Feier Frauenaaurach**

Die Planungen zur 750-Jahr-Feier laufen weiter auf Hochtouren. Der Verein trifft sich alle zwei Wochen, um Details zu planen. Fest steht, dass es wohl „nur“ drei größere Veranstaltungen (organisiert durch den Verein) geben wird. Das sind eine Auftaktveranstaltung im Januar mit Festreden, ein Bürgerfest im Juli und die Kirchweih Ende September. Unterjährig wird es dann noch verschiedene kleinere Darbietungen wie z.B. Chor-Konzerte oder Theaterstücke geben. Diese werden durch die entsprechenden Gruppierungen in Kooperatoin mit dem „750-Jahr-Verein“ organisiert.

## ■ **Distrikt Frauenaaurach**

**Vorsitzende:**  
Gabi Dorn-Dohmstreich  
Telefon: 992114  
gabi.dorn-dohmstreich@franken-  
online.de

## **Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 14. Juni**

### **1. Aktuelles**

Der Distrikt begrüßt ein neues Mitglied.

### **2. Nachmittagsbetreuung/Hort Frauen- aurach**

Die Rektorin der Grundschule Frauenaurach ist zu Gast beim nächsten OBR in Frauenaaurach. Es werden außerdem auch viele Betroffene zur Sitzung kommen um auf das Problem aufmerksam zu machen. Die Stadt bietet eine Ferienbetreuung am MTG und der Siemens-Sportanlage an, diese ist für Personen, die in unserem Distrikt wohnen, aber eher unpraktisch.

### **4. Bürgersprechstunde**

Das Design war zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht erstellt, liegt aber in der Zwischenzeit vor. In der nächsten Sitzung wird es dann finalisiert und alle Details besprochen

### **5. Auf die Plätze**

Die Auftaktveranstaltung zur SPD-Aktion „Auf die Plätze“ im Redoutensaal war interessant, kontrovers und gut besucht. Weitere Veranstaltungen werden folgen. Frauenaaurach wird durch den Herdegenplatz vertreten, der in den letzten Jahren immer weniger zum Treffpunkt im Ort geworden ist und derzeit eher verkommt, als etwas her zu machen. Der Termin für die Veranstaltung

wird voraussichtlich der 17. September 2016 sein. Dazu eingeladen werden der Jugendclub, Kirche, Stadtgrün, die Schule, der Ortsbeirat und natürlich interessierte Anwohner und Bürger. Das Hauptthema soll die Verschönerung und Wiederbelebung des Ortskerns sein.

#### **6. Findlinge Kriegenbrunn**

Vor einigen Monaten wurden in Kriegenbrunn Findlinge zum Schutz der Grünflächen ausgelegt. Da diese eine Gefahr für Kinder darstellen und sich einige Anwohner beschwert haben, gab es ein Treffen mit Stadtgrün und etwa 40 Anwohnern. Die Diskussion war emotional und wenig konstruktiv. Es wird daher weitere Gespräche geben um eine Lösung zu finden. Die bevorzugte Variante wäre dabei die Übernahme von Patenschaften durch Anwohner.

#### **7. OBR Frauenaaurach**

Am Mittwoch, 22. Juni ist in Frauenaaurach der nächste Ortsbeirat. Themen

werden unter anderem die 750-Jahr-Feier, der Spielplatz im Heerflecken und die Fahrradverbindung nach Bruck sein. Die SPD wird zusätzlich das Thema Nachmittagsbetreuung/Hort auf die Tagesordnung bringen.

#### **8. HH-Anträge**

Es wurden bereits die ersten Themen für die Haushaltsanträge gesammelt: Bürgerhaus Kriegenbrunn, Herdegenplatz, Nachmittagsbetreuung/Hort, Fahrradverbindung Frauenaaurach – Bruck, Fahrradverbindung Pappenheimer Straße – Herdegenplatz, Fahrradweg entlang Kraftwerksstraße, Fußwegsverlängerung Abfahrt/Kurve Herzogenaaurach Damm – Schallershofer Straße

#### **9. Sonstiges**

Die nächste Distriktversammlung findet am 12. Juli um 19 Uhr im Gasthaus Olive statt.

Für den Vorstand  
Jens Schäfer

## ■ **Distrikt Innenstadt**

### **Vorsitzende:**

Monika Fath-Kelling  
Telefon: 897065  
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,  
ich lade euch herzlich ein zur

### **Distriktsversammlung am 26. Juli, 20 Uhr**

Wegen der gleichzeitigen Veranstaltung „Auf die Plätze“ werden wir noch kurzfristig festlegen, wo wir uns treffen. Dies erhaltet ihr per Mail oder auf Nachfrage.

Solidarische Grüße  
Monika

## ■ **Distrikt Süd**

### **Vorsitzende:**

Brigitte Rohr

### **Kontakt:**

Dr. Andreas Richter  
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktssitzung am

### **am Dienstag, 19. Juli, 20 Uhr, Biergarten Röthel- heim, Am Röthelheim 40c**

Vorgeschlagene **Tagesordnung** (aufgrund Vorschlägen von GenossInnen):

1. Aktuelles Thema aus der Bundespolitik

2. Wohnungspolitik
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten – eine Aussicht auch im Süden
4. Umgang mit Behinderten und mögliche Maßnahmen in der Stadt
5. Verschiedenes

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen und – wie gehabt – lebhaftige Diskussionen!

Mit solidarischen Grüßen  
Andreas Richter  
Stellvertretender Vorsitzender



Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

## **Distriktversammlung am Dienstag, 12. Juli, 19 Uhr (!!), Schlossgast- stätte**

Bitte neue Anfangszeit beachten!!

### **Tagesordnung:**

- 1) Aktuelles
- 2) Rückblick auf Ortsbeiratssitzung: Auseinandersetzung mit Themen und Ergebnissen
- 3) Ausblick: Kerwa; SPD-Ausflug im August
- 4) SPD-Veranstaltung „Auf die Plätze“ in Tennenlohe
- 5) Verschiedenes

### **Weitere Ankündigungen:**

- SPD-Ausflug ins Jagsttal vom 12. bis 14. August
- Distriktversammlung am 13. September

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

## **Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 14. Juni**

### **TOP 1: Aktuelles**

Rolf begrüßt die Anwesenden und stellt den Genossen Dr. Wolfgang Schwerna aus Dechsendorf vor, der über das Buch von Thomas Piketty, einem französischen Ökonom und Sozialwissenschaftler, ein Referat halten wird.

### **TOP 2: Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert (2013 in französischer, 2014 in englischer Sprache erschienen)**

Der Autor untersucht auf der Basis eines umfangreichen Datenmaterials die Verteilung von Einkommen und Vermögen in verschiedenen Ländern seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass nach einem Rückgang zwischen 1915 und 1950 (Weltkriege) die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder deutlich zugenommen hat.

Pikettys Kernthese lautet: Wenn die Kapitalrendite dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate von Produktion und

Einkommen, erzeugt der Kapitalismus automatisch willkürliche und auf Dauer unhaltbare Ungleichheiten. Diese Ungleichheiten stellen das Leistungsprinzip, auf dem unsere demokratischen Gesellschaften basiert, radikal in Frage.

Folgende Punkte umfasst sein Maßnahmenkatalog: Ausbau, nicht Abbau des Sozialstaats mit Entwicklung neuer Regeln, Erhöhung der Progression in der Einkommenssteuer mit aufeinander abgestimmter Steuer- und Fiskalpolitik der europäischen Länder, Einführung einer Kapitalsteuer als Ergänzung zu Einkommens- und Erbschaftssteuer. Die Mehreinnahmen des Staates sind zur Finanzierung von staatlichen Maßnahmen zu verwenden.

Rolf dankt Wolfgang Schwerna für die auch für Laien verständliche Einführung in das 700 Seiten umfassende Buch, aus dem wir zudem noch eine übersichtliche Zusammenfassung erhalten haben.

In der anschließenden lebhaften Diskussion gingen wir schließlich der Frage nach, ob die SPD noch die Partei der Arbeitnehmer ist und forderten eine „Nachjustierung“ bei Themen wie Mittelstand (Häuslebauer), Rente (Alter), Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, TTIP, Bürgerversicherung.

### **TOP 3: Bericht von Andreas Richter über die Arbeit der Fraktion**

- StUB: jetzt beginnt die Umsetzung
- Zusätzliche Wohnungen: Durch Ausbau, Umbau und Nachverdichtung (z.B. Housing Area, Brüxer Straße, Erlangen-Süd) werden 2.000 neue Wohnungen geschaffen. Die Mietpreise werden steigen, Härtefallregelungen (Einkommensgrenzen) sind vorgesehen.
- Siemens-Campus: Siemens arbeitet eng mit der Stadt zusammen (z.B. Fernwärmenschluß durch die Stadtwerke). Das ganze Areal soll öffentlich zugänglich werden.
- Stadtpolitik im Dialog: Bürgerversammlungen werden u.a. durch Flyer angekündigt. Anträge können direkt vor Ort von den Bürgern gestellt werden.
- Entsprechend den Ortsbeiräten sollen Stadtteilbeiräte eingeführt werden.
- ErlangenPass (ermäßigte Tickets wie für Schwimmbad und Bus) für sozial schwächer gestellten Bürger und alle geflüchteten Menschen wird gut angenommen.
- in Planung sind Hallenbadbau am Freibad West, Frankenhofsanierung und eine öffentliche Toilette am Hugo.

## **Distrikt Tennenlohe**

### **Vorsitzender:**

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

- Klimaschutzkonzept: Photovoltaikanlagen werden installiert, Straßenbeleuchtung wie in Nürnberg auf LED-Leuchten, in Kitas auf Bioerzeugnisse umgestellt, mehr Bäume (wenn möglich) sollen gepflanzt werden.
- Landesgartenschau: Konzept für Entwicklung des Großparkplatzes (Westseite) wird erarbeitet, Busbahnhof (Ostseite) bleibt.

#### **TOP 4 Verschiedenes**

- Kerwa: Auf Initiative von Dieter Erhard werden 12 bis 14 Künstler aus

dem Umkreis auf der Festwiese an ihren Werken arbeiten.

- Kunstkommission hat auf die Kunstwerke in Tennenlohe (Skulpturenachse, Friedensengel) positive Rückmeldung gegeben.
- GU: Dringend werden zusätzliche Helfer gesucht, da die meisten Mitarbeiter in der NUK mehr als ausgelastet sind.
- TB: Themen für die nächste Ausgabe werden gesammelt.

Ulla Schnapper

## ■ **Distrikt West**

### **Vorsitzender:**

Gerd Peters  
Telefon: 44366  
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten Euch zu unserem Juli-Treffen herzlich einladen. Es findet statt am

### **Mittwoch, 13. Juli, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)**

Folgende **Tagesordnung** wird vorgeschlagen:

1. Neue Wohnungen im Stadtwesten und damit verbundene (potenzielle) soziale Probleme
  - Erfahrungen der im Westen tätigen Sozialarbeiter
  - Gegenwärtig aktuelle Problembeispiele
  - Mit den aktuellen Wohnungsplanungen verbundene Probleme des Nebeneinanders
  - Strategien der Problemvermeidung
2. Berichte aus Fraktion und Kreisvorstand
3. Aktuelles und Verschiedenes

Frank Steigner, langjährig mit den Verhältnissen im Stadtwesten vertraut, wird in das Thema einführen und mit uns diskutieren.

Im Auftrag des Vorstands  
Gerd

P. S.: Im Juni berichtete Christine Held-Winkelmann über Flüchtlinge in den Unterkünften im Stadtwesten. Dabei zeigte sich, dass von Unterkunft zu Unterkunft ausgehend von der Herkunft und dem Familienstatus Betreuungsarbeit teilweise sehr unterschiedlich ausfällt. Im Gespräch ergab sich eine große Vielfalt von Einzelfragen. Nach wie vor konkurrieren unterschiedliche Spielregeln auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bei der Betreuung. Die Erwartungen bezüglich der beim OB jüngst geschaffenen Koordinationsstelle zur Betreuung sind groß. Anwesend waren 13 am Thema Interessierte. Der Frauenanteil war überdurchschnittlich, nur drei Männer waren anwesend.

## ■ **AG 60plus**

### **Vorsitzender:**

Hartmut Wiechert  
Telefon: 991232  
hartmut.wiechert@gmx.de

### **60plus lädt ein zum Tagesbesuch in Jena am Mittwoch, 6. Juli**

Wir fahren mit dem Bus und werden ca. 12 Stunden mit den Jenaer SPD-Senioren verbringen

Die Tagesgestaltung wird durch die AG 60plus Jena und SPD-Stadtratsfraktion Jena übernommen.

#### **Reisedaten**

- 8 Uhr: Abfahrt in Erlangen, August-Bebel-Haus
- 10 Uhr: Ankunft Jena
- 10 Uhr: Begrüßung im alten und neuen SPD-Haus am Teichgraben 4
- Weiteres Programm: Detailplanung AG60 plus Jena
- 20 Uhr: Abfahrt Jena
- 22 Uhr: Ankunft in Erlangen

**Reisekosten**

Die Reise wird von 60plus Erlangen gesponsert, deshalb beträgt der Eigenanteil pro Teilnehmer nur 10 Euro.

Einige Plätze sind noch verfügbar: Wer will nach mit nach Jena? Kurzfristige Anmeldung bei Hartmut Wiechert, Telefon 991232 oder E-Mail: hartmut.wiechert@t-online.de.

Schön wäre es, wenn sich außer dem Vorstand der 60plus-Arbeitsgemeinschaft noch weitere Genossinnen und Genossen zur Mitfahrt entschließen könnten! Es sind noch Plätze frei, Deshalb schnell anmelden!

Nach unseren Erfahrungen von gegenseitigen Besuchen aus Jena oder in Jena in früheren Jahren, kann es nur interessant, schön und eine Bereicherung werden!

Für den Vorstand  
Hartmut Wiechert

## Protokoll der Mitgliederversammlung am 8. Juni

**Top 1: Begrüßung**

Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Top 2: Aktuelles**

- Es findet eine rege Diskussion wegen des neu eröffneten öffentlichen Grillplatzes mit Elektrogrill am Bürgermeistersteg statt.
- Helga Steeger berichtet über eine neue Gruppe 60plus der Martin-Luther-Gemeinde. Die Gruppe beschloss am 8. Juni, ein Schreiben an den Seniorenbeirat, das Seniorenamt und den OB wegen zwei offener Bauungsgebiete in Büchenbach zu schicken des Inhalts, dass diese Bauungsgebiete seniorengerecht bebaut werden. Hem berichtet, dass

dort nicht die GeWoBau sondern ein anderer Bauträger baut. Eine Gemeinschaftsfläche ist vorgesehen.

Es soll 2 Personen in dieser Gruppe geben, die wegen besserer seniorengerechter Bebauung nach Ansbach ziehen.

Helga wird das Schreiben an Hartmut weiterleiten

- Diskussion über das Thema „Öffentliche Plätze in Erlangen“

Helga bittet darum, den TO-Punkt 4) vorzuziehen

**Top 4: Seniorenfilmreihe**

Im Herbst (November) 2016 soll eine Filmreihe der AG60plus zusammen mit den IGM-Senioren im IGM-Saal stattfinden. Hartmut wird Termine mit Silvia Heid, IGM und Anette Christian, die die Filme besorgt und moderieren wird, abstimmen. Sobald das geklärt ist, erfolgt Einladung, diese geht auch an die IGM-Seniorengruppe.

**Top 3: Vorbereitung unserer Reise nach Jena Anfang Juli**

Die Fahrt nach Jena findet am Mittwoch, 6. Juli statt. Transportmittel: Kleinbus. Abfahrt 8 Uhr, August-Bebel-Haus, Ankunft ca. 10 Uhr in Jena. Dort Treffen mit SPD-AG 60plus Jena, die auch die weitere Tagesplanung vornimmt. Diskussionspunkte von unserer Seite sollen sein: Politische Situation in Jena, politische Situation der Senioren in Jena, Jena und AfD, soziale Infrastruktur in Jena, Wie bekommt man die SPD aus dem Stimmungstief. Als Gastgeschenke für die Jenaer AG 60plus erhalten wir vom SPD -Kreisverband Erlangen zwei Bücher „Sozialdemokratie in Erlangen 1972 – 1996“.

**Top 5: Verschiedenes**

Diskussion fand bereits unter Top 2 statt.

Protokoll: Renate Schmidt

Liebe Jusos,  
unsere nächsten Sitzungen finden statt am

- **Dienstag, 12. Juli:** Hier wollen wir uns mit dem Thema „Recht auf Stadt“ beschäftigen.

- **Dienstag, 26. Juli:** Das Thema ist noch offen.

Wir treffen uns jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus.

Rote Grüße  
Munib

## ■ Jusos

**Vorsitzender:**

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib\_gha@hotmail.com

ALLES SO SCHÖN

GRAU HIER?

26.7.  
18.00 Uhr

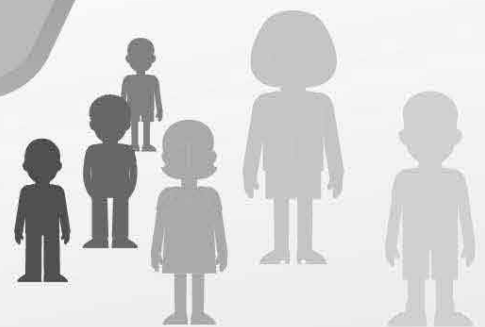
Ortstermin  
Zollhausplatz

19.00 Uhr

Gespräch im „Wabene“  
Henkestraße 53



Urban  
Gardening



AUF  
DIE **PLÄTZE** 

Erlangen

**SPD**